

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 8

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

Halver

Samstag, den 10. Januar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

1925

Heute die Beilagen:

„Herd und Scholle“
und
„Landmanns-Sonntagsblatt“

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In einer Kabinettsitzung zu Berlin erstattete der aus Paris zurückgekehrte Staatssekretär Trendelenburg Bericht über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

* Die den Alliierten übergebene Note der Reichsregierung erhebt Protest wegen der Nichträumung der Kölner Zone und fordert Verhandlungen.

* Der bisherige Reichskanzler wurde vom Reichspräsidenten abermals mit der sofortigen Bildung eines Reichskabinetts beauftragt.

* Die Reichstagsabgeordneten des Zentrums Dr. Höfle, zugleich Reichspostminister, und Lange-Heyermann haben infolge Kompensationen mit der Wismataffäre ihre Mandate niedergelegt.

* Zwischen Danzig und Polen ist ein lebhafter Konflikt ausgebrochen wegen Andringung polnischer Briefkästen in dem Freistaat.

Der deutsche Protest.

Die deutsche Regierung hat ihren Protest gegen die Weiterbesetzung der nördlichen Rheinlandzone durch die Entente der Vorkonferenz zugestellt. Die Protestnote wird wahrscheinlich das gleiche Schicksal haben, das ihre zahlreichen Vorgänger beispielsweise über die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien, die Schreiben der deutschen Regierung über die Vertragsbrüche nach dem 11. Januar 1923 usw. usw. gehabt haben. Man nimmt sie zur Kenntnis, legt sie zu den Akten. Zu jenen Akten, welche die Proteste Deutschlands gegen die Vertragsbrüche der Entente enthalten.

Die deutsche Note geht von der Feststellung aus, daß „die Befürchtungen, die die deutsche Regierung schon nach dem ihr in letzter Zeit zugegangenen Nachrichten hegen mußte“, sich bestätigt hätten. Die Regierung habe der Entente dringende Vorstellungen zukommen lassen, aber trotz allem habe die Entente sich entschlossen, am 10. Januar nicht zu räumen. Das sei besonders deswegen von Bedeutung, weil man in Deutschland das Verhalten der Entente an diesem Termin sozusagen als einen Prüfstein betrachtet habe dafür, ob man seitens der Entente dem System des Versailler Vertrages nun Folge geben wolle oder ob man rein machtpolitische Erwägungen an seine Stelle setzen wolle. Damit sei auch zugleich die Frage beantwortet, ob man diesen Versailler Vertrag durchführen wolle oder im Hinblick auf seine Unersättlichkeit Deutschland Erleichterungen zu gewähren entschlossen sei. Nicht einmal die Erleichterungen, die der Vertrag selbst enthalte, wolle man also innehalten. Die Vorkonferenzkonferenz habe ihren Beschluß begründet mit einer Reihe von Anklagen, die aber über eine allgemeine Andeutung nicht hinausgehen. Nach Ansicht der deutschen Regierung hätte es der Tragweite der Angelegenheit entsprochen, wenn die Mitteilung der Tatsachen, auf die die alliierten Regierungen ihren Entschluß stützen, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden wäre. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß die sofortige Mitteilung dieser Tatsachen um so notwendiger gewesen sei, als das Urteil darüber — nämlich ob sie wirklich „Tatsachen“ seien — selbstverständlich nicht von dem einseitigen und beliebigen Ermessen der alliierten Regierungen abhängen. Daher könne man deutscherseits zu diesen „Gründen“ überhaupt gar nicht Stellung nehmen, weil sie gar nicht aufgeführt sind. Die Gründe sollen ja noch der deutschen Regierung mitgeteilt werden. Die deutsche Regierung werde dann über die beanstandeten Punkte Aufklärung geben, werde sich auch bemühen, in den Fragen, die zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Kontrollkommission geführt haben, für Klärung zu sorgen und das übrige zu tun, „um alsbald zu dem notwendigen praktischen Ergebnis zu kommen“.

Und dann erhebt die deutsche Regierung Protest dagegen, daß man die Nichträumung der Kölner Zone mit dem Stande deutscher Abrüstung begründen wolle. Der Artikel 429 des Versailler Vertrages gebe der Entente sinngemäß doch nur dann das Recht, in jener Zone zu bleiben, wenn deutsche Verstärkungen vorlägen, die jene harte Maßnahme wirklich rechtfertigten. Der Grund für die Besetzung deutschen Gebietes ist doch der, daß durch ihn die Durchführung der deutschen Entwaffnung garantiert werden soll. „Deutschland ist auf Grund der Vertragsbestimmungen in einem Maße entwaffnet, daß es in der europäischen Politik einen militärischen Faktor überhaupt nicht mehr darstellt.“ Das ist eine Tatsache, eine unzweifelhafte Tatsache, und darum können Einzelheiten der Entwaffnungsfrage unmöglich der Entente die Befugnis zu einer angeblichen Vergeltungsmaßnahme Deutschland gegenüber abgeben. Naturgemäß müsse der Versailler Vertrag, der ja nicht auf dem Verhandlungswege, sondern durch ein einseitiges Diktat zustande gekommen sei, eine Reihe von Streitpunkten bei seiner Durchführung enthalten, die nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung geklärt werden können. Deutschland habe gerade durch seine völlige Entwaffnung die Voraussetzung für eine solche Politik der Verständigung und Verhandlung gegeben, aber — und das ist der Sinn des ganzen Protestes — man hat diese Verständigung nicht gewollt, sondern den Grundfaß einseitigen Diktats wie in Versailles seitens der Entente nach wie vor nicht aufzugeben.

Die Protestnote der deutschen Regierung stellt also fest, daß der Vertrag seitens der Entente dem Wortlaut und dem Geist nach nicht erfüllt wird, stellt weiter fest, daß das Verhalten der Entente einen Rückschlag in die Methoden des machtpolitischen Diktierens bedeutet.

Irrendwelche Maßnahmen Deutschlands, die über diesen Protest hinausgehen, werden nicht in Aussicht gestellt. Vor allem wird die sofort auftauchende Frage nicht berührt, was Deutschland zu tun gedenkt, wenn Frankreich seine durch die Ruhrbesetzung errungene Machtstellung auch für seine handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland ausnützt. Denn um die Erhaltung der französischen Machtstellung an der Ruhr handelt es sich ja in Wirklichkeit bei der Nichträumung der Kölner Zone.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Trendelenburgs Bericht an das Reichskabinett.

Das Reichskabinett ist am 8. Januar zusammengetreten, um den Bericht des Staatssekretärs Dr. Trendelenburg des Führers der Delegation für die deutsch-französischen Vertragsverhandlungen entgegenzunehmen und sich darüber schlüssig zu werden, ob das von der französischen Regierung vorgeschlagene Provisorium angenommen werden kann, oder ob man es für die Zeit nach dem 1. Januar auf einen vertragslosen Zustand in handelspolitischer Beziehung ankommen lassen soll.

Verhandlungen über das Memelgebiet.

Im Auswärtigen Amt zu Berlin sind nach längerer Pause die Verhandlungen mit der Litauischen Regierung über die Regelung der mit dem Übergang der Staatshoheit über das Memelgebiet auf Litauen zusammenhängenden Fragen wieder aufgenommen worden. Gleichzeitig wurden auch die Besprechungen über die Regelung des sogenannten kleinen Grenzverkehrs an der deutsch-litauischen Grenze wieder aufgenommen.

Die Kredite der Angestelltenversicherung.

Vorkommnisse bei der Kreditgewährung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte haben den Bundesvorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa) veranlaßt, in einer Eingabe vom 7. Januar das Reichsarbeitsministerium als aufsichtsführende Behörde aufzufordern, sofort einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der eine schnelle Überprüfung des Kreditverkehrs des genannten Reichsinstituts vornehmen soll. Es liege im Interesse des Ansehens der Reichsversicherungsanstalt, daß diese Untersuchungskommission aus Mitgliedern zusammengesetzt werde, die der Anstalt fernstehen.

Handelsverträge und Schwerindustrie.

Die Sozialdemokraten haben im Reichstage folgende Interpellation eingebracht: „Ist die Regierung bereit, über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen und die Grundsätze, von denen sie sich dabei leiten läßt, Auskunft zu geben? Wird die Regierung laufend informiert über die Bestrebungen zum Abschluß internationaler Abmachungen in der Schwerindustrie und kann sie darüber Auskunft erteilen?“

Deutschnationaler Schulantrag im Reichstag.

Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der ein Notgesetz betreffend den Lehrgang an höheren Schulen fordert. Der Lehrgang an diesen Schulen soll neun Jahresklassen umfassen. Begabten, körperlich und geistig gesunden Schülern soll die Möglichkeit gegeben werden, das Ziel der Grundschule in drei Jahren zu erreichen.

Der sozialdemokratische Amnestieentwurf.

In dem von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebrachten Amnestieentwurf wird Straffreiheit verlangt für Straftaten, die 1919 im Zusammenhang mit den Unruhen in Bayern, 1921 im Zusammenhang mit den Märzunruhen und im Jahre 1923 im Zusammenhang mit den durch die Inflation oder durch die Lebensmittelknappheit verursachten Unruhen oder im Zusammenhang mit Kundgebungen für die republikanische Staatsform begangen worden sind. Von der Straffreiheit auszuschließen sind Personen, die Verbrechen gegen das Leben, Verbrechen der schweren Körperverletzung oder des schweren Raubes oder der vorsätzlichen Gefährdung eines Eisenbahntransportes begangen haben.

Demokratischer Antrag zur Aufwertungsfrage.

Dem Reichstag ist folgender Antrag der demokratischen Fraktion zugegangen. „Der Reichstag wolle beschließen, einen besonderen Ausschuß zu bilden, der die gesetzliche Lage der Aufwertung, wie sie durch die dritte Steuernverordnung und die zugehörigen Ausführungsbestimmungen entstanden ist, erneut darauf zu prüfen hat, inwieweit unter Berücksichtigung der Finanzen des Reichs und der übrigen in Betracht kommenden Schuldner der Aufwertungsfrage erhöht und den Vorschriften rückwirkende Kraft verliehen werden kann.“

Frankreich.

× Die Eröffnung der Finanzministerkonferenz. Die interalliierte Finanzministerkonferenz in Paris wurde am 7. Januar mit einer Begrüßungsansprache des französischen Finanzministers Clementel eröffnet. In seiner Rede bemerkte er u. a., daß Deutschland jetzt über seine Verpflichtungen im Bilde sei. Man müsse zugeben, daß es diese Verpflichtungen bis zur

Marg abermals beauftragt.

n. Berlin, 8. Januar.

Alle möglichen Phasen hat die Frage der Bildung des Reichskabinetts durchlaufen. Nachdem gestern die letzte Kombination, das sog. überparteiliche Kabinett, gescheitert schien, hieß es, der bisherige Reichskanzler Marg werde seine Bemühungen einstellen und seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen. Das ist aber nicht geschehen. Nach einer Unterhaltung zwischen Ebert und Marg wurde vielmehr amtlich gemeldet: „Der Reichspräsident hat im Hinblick auf die außenpolitische Lage den Reichskanzler ersucht, möglichst schnell ein Kabinett zusammenzusetzen.“ Der Reichskanzler hat diese Aufforderung angenommen und wird noch am heutigen Tage versuchen, ein Kabinett zu bilden.“ Der Reichspräsident soll dabei dem Kanzler völlig freie Hand in der Wahl der Persönlichkeiten gelassen haben. Wie es heißt, beabsichtigt Marg, das Kabinett ohne die Angehörigen der Deutschen Volkspartei zu bilden. Außenminister Dr. Stresemann würde also ausscheiden, ebenso Dr. Jarres, bisher Vizekanzler und Innenminister, der allerdings schon vorher erklärt hatte, statt des Ministerpostens wieder den Oberbürgermeisterstuhl in Duisburg wählen zu wollen. Marg würde neben dem Reichskanzlerposten den des Außenministers selbst verwalten, das Reichsministerium des Innern würde wieder dem demokratischen Führer Dr. Koch anvertraut werden. Finanzminister Dr. Luther hoffe man, dem Kabinett zu erhalten. Das Reichswehrministerium behielt Dr. Gessler, das Arbeitsministerium Dr. Brauns. Reichswirtschafts- und Reichspostministerium sollen, da die Minister Hamm und Hoeftel sowie soeben ausgeschieden, durch die Staatssekretäre Trendelenburg und Sautter verwaltet werden, das Justizministerium durch Staatssekretär Soel, das Reichsverkehrsministerium durch Staatssekretär Rohne. Heute hatte der Reichskanzler noch einmal Unterredungen mit allen Fraktionen, bei denen sich aber wohl nichts geändert haben dürfte, so daß man das Zustandekommen der Regierung, die nunmehr die Bezeichnung „Beamten-“ oder „Übergangskabinett“, auch „Notregierung“, erhalten hat, jeden Augenblick erwartet. Um die Mittagszeit fand ein Kabinettsrat statt.

Die Lage in Preußen.

n. Berlin, 8. Januar.

Während gestern auch die innerpolitische Lage Preußens völlig unklar war, traten heute gewisse Anhaltspunkte hervor, als die folgendermaßen lautende Entschließung des Zentrums bekannt wurde: „Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages hält in ihrer überwiegenden Mehrzahl die verfassungsmäßige Auslegung des Artikels 45 der Preussischen Verfassung durch die Volkspartei, wonach die Neubewahlen des Landtages die Demission des gesamten Kabinetts zur Folge haben müssen, für unrichtig. Sie schließt sich der Auffassung, die ihre Kabinettsmitglieder Dr. am Jahnhoff und Hirschiefer in der Kabinettsitzung vom 6. Januar vertreten haben, vollinhaltlich an.“ Damit erkennt das Zentrum das Weiterbestehen des Kabinetts Braun als richtig an. Die Minderheit im Zentrum, die anderer Meinung war, soll 20 Stimmen betragen haben und von dem früheren Finanzminister Dr. Hermes geführt worden sein. Als bald nach diesem Beschluß ließ die Deutsche Volkspartei erklären, die vollparteilichen Vertreter hätten dem Zentrum gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Kabinettskabinett im Landtage von der Deutschen Volkspartei mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpft werde. Die beiden im Preussenkabinett durch das Ausscheiden der vollparteilichen Minister erledigten Sitze sollen dem Vernehmen nach interimistisch durch Staatssekretäre verwaltet werden.

Stunde getreulich erfüllt habe. Im Namen der ausländischen Delegierten nahm Winston Churchill das Wort zu einer kurzen Erwiderung. Seine Rede fiel besonders auf durch den wiederholten Hinweis, daß der Finanzkonferenz im Grunde eine nicht allzu große Bedeutung zukomme.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat den Abgeordneten v. Gräfe-Goldbeck zu ihrem Vorsitzenden und die Abgg. Graf Reventlow und Feder zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Dresden. Am 22. Januar findet vor der Disziplinarkammer in Dresden die Verhandlung in dem noch nicht abgeschlossenen Disziplinarverfahren gegen Dr. Zeigner statt.

München. Wie man aus parlamentarischen Kreisen erfährt, ist die Einigungsformel zwischen der bayerischen Staatsregierung und den Koalitionsparteien in bezug auf das Konfordat, die gewisse Bindungen festsetzt, nunmehr zustande gekommen.

London. Reuter meldet aus Melbourne, der australische Premierminister Bruce teilte mit, daß das beschlagnahmte deutsche Eigentum in Neuguinea demnächst zum Verkauf angeboten werden wird.

Belgrad. Der Bauernführer Raditsch wurde dem Landesgericht eingeliefert. Die Anklage lautet auf Hochverrat.

Newyork. Senator Borah erklärte, die Frage eines Weltfriedensgerichts werde vom Auswärtigen Ausschuß besprochen werden.

Deutscher Reichstag.

(3. Sitzung.)

OB. Berlin, 8. Januar.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Gesetzentwurfs wegen eines deutsch-polnischen Abkommens über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen. Vorher verhandelte Präsident Ebe das Ergebnis der gestrigen Schriftführerwahlen. Die 12 Gewählten erklärten die Wahl anzunehmen. Der Präsident stellte dann die in einigen Blättern aufgestellte Bauabnahme richtig, daß

genern nach der Präsidentenwahl aus der Diplomatenloge Befall gefasst worden sei. Tatsächlich habe nicht ein fremder Diplomat, sondern ein preussischer Landtagsabgeordneter gefasst. Er werde, sobald der neue Präsident des Preussischen Landtags gewählt sei, diesen bitten, seine Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, daß derartige Befallshandlungen auf den Reichstagstribünen nicht erlaubt sind.

Ein Antrag auf Strafverfolgung des kommunistischen Abg. Thaelmann wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Das deutsch-polnische Abkommen wurde dann in erster Beratung ohne Debatte dem auswärtigen Ausschuß überwiesen.

Ohne Debatte wurde darauf in erster und zweiter Beratung eine Novelle zum Postgesetz angenommen, durch die die Entschädigungssätze für verlorengegangene Postsendungen geändert werden. Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der eine

Überprüfung der Geschäftsordnung fordert, um festzustellen, ob die z. B. dem Reichstagspräsidenten zuteilenden Disziplinarmassnahmen ausreichen, die Würde und das Ansehen des Reichstags zu wahren.

Der Abg. Dr. Kahl begründete den Antrag unter Hinweis auf die Vorgänge in den letzten Monaten, die dem Ansehen des Reichstags außerordentlich Abbruch getan hätten. Der Antrag richte sich durchaus nicht gegen eine bestimmte Partei. (Ärmlicher Widerspruch bei den Kommunisten.) Der Reichstag müsse endlich wieder die Möglichkeit haben, in ruhigen und sicheren parlamentarischen Formen seine Aufgaben zu lösen. Der Kommunist Eichhorn nannte den Antrag ein Ausnahmegezet gegen die Kommunisten. Durch eine neue Verschärfung der Geschäftsordnung würde die Würde des Reichstags am meisten beeinträchtigt. Das geschehe besonders durch das Eindringen der Polizei in das Parlament. Als bei den Kommunisten darauf Händelassungen erfolgte und das Haus unruhig wurde, erklärte Präsident Loh, daß das Händelassungen zwar früher nicht zu den Gepflogenheiten des Hauses gehört habe. Es sei aber in der letzten Zeit so oft geübt worden, daß es zu einer neuen Gepflogenheit des Hauses geworden sei.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann erklärte, daß seine Partei alle Maßnahmen unterstütze, die zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit und Würde des Hauses dienen. Seine Partei sähe aber vorläufig keinen Anlaß zur Verschärfung der Geschäftsordnung. Sie würde sich aber einer Überweisung an den Ausschuß nicht widersetzen.

Lärm der Kommunisten.

Als der kommunistische Abg. Köhnen während der Ausführungen des Abg. Kahl (Demokrat) „Schwindel“ rief, wurde er dafür zur Ordnung gerufen. Als ein anderer Kommunist diesen Ausdruck wiederholte, erklärte der Präsident, wenn er einen Abgeordneten wegen eines Ausdrucks zur Ordnung rufe und ein anderer sich dann diesen Ausbruch zu eigen mache, so würde er darin einen grolligen Verstoß gegen die Ordnung des Hauses erblicken und die Ausweisung aus der Sitzung verfügen. Einen grolligen Verstoß gegen die Ordnung sähe er nicht nur in einem tätlichen Vorgehen, sondern auch in einer Beschimpfung des Präsidenten, des Reichstags und der Abgeordneten. Diese Ausführungen verursachten bei den Kommunisten lärmende Äußerungen. Der volksparteiliche Antrag wurde darauf dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte vertagte sich das Haus dann auf Freitag.

Bartels preuß. Landtagspräsident.

(2. Sitzung.)

tt. Berlin, 8. Januar.

Unter großer Spannung des aufbesuchten Hauses wurde heute die Wahl des Präsidenten für das Preussische Abgeordnetenhaus vorgenommen. Die stärkste Partei, die Sozialdemokratie, hatte an Stelle des früheren Präsidenten Seinert ihr Mitglied Bartels vorgeschlagen. Die Deutschnationalen schlugen den Abg. v. Kries, das Zentrum den Abg. Dr. Porich vor. Im ersten Wahlgang erhielt Bartels 142, v. Kries 118, Dr. Porich 74 Stimmen. Es mußte, da keiner die absolute Mehrheit erreichte, Stichwahl zwischen Bartels und v. Kries stattfinden.

Bei der Stichwahl erhielt Abg. Bartels 201 Stimmen, der von der Deutschnationalen Volkspartei vorgeschlagene Abg. v. Kries 178 Stimmen, die übrigen Stimmen zerplitterten sich oder es wurden weiße Zettel abgegeben. 426 Abgeordnete waren im Hause. Somit war Abg. Bartels gewählt, der die Wahl annahm.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde Abg. v. Kries (Dnall.) durch Zurs., zum zweiten Abg. Dr. Porich durch Stimmzettelausgabe gewählt. Da Abg. Wille gegen die Wahl durch Zurs. Einspruch erhoben hatte.

Folgen der Barmat-Affäre.

Mandatsniederlegungen beim Zentrum.

Berlin, 8. Januar.

Die dem Zentrum angehörigen Reichstagsabgeordneten Dr. Hölle und Lange-Segermann haben, wie wir hören, ihre Reichstagsmandate niedergelegt. Dr. Hölle ist gleichzeitig Reichspostminister und Minister für die besetzten Gebiete und dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit auch aus dem Reichskabinett auscheiden.

Der die Mitteilung zuerst verbreitende Nachrichtendienst „B. D. Z.“ bemerkt dazu: „Wenn diese beiden verdienten und allgemein im Reichstag anerkannten Politiker, deren Scheiden sicherlich die Zentrumsfraktion lebhaft bedauern wird, sich alsbald nach den Wahlen zu einem solchen Schritt entschlossen haben, so wird man wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Komplikationen, in die beide Herren durch die Barmat-Affäre hineingeworfen sind, die Ursache für eine solche Entscheidung gewesen sind.“

Abgeordneter Lange-Segermann gehörte seinerzeit dem Aufsichtsrat des Barmat-Konzerns an, während Reichspostminister Dr. Hölle die Verantwortung für die dem Barmat-Konzern seitens der Reichspost erteilten Millionenkredite trägt. Insbesondere wird kritisiert, daß die Postbehörde dem Barmat-Konzern Kreditkredite zur Verfügung gestellt habe, ohne daß eine sichere Deckung für diese Kredite vorhanden gewesen sei.

Mussolinis zweite Überraschung.

Vor Auflösung der Kammer.

Rom, 8. Januar.

Mussolini hat sich die zweite Überraschung geleistet. Die erste war die gänzlich unerwartete Ankündigung der Wahlrechtsvorlage. Heute hat er nun im Ministerrat erklärt, die Kammer werde sofort nach Annahme der Wahlrechtsvorlage aufgelöst werden und es würden Neuwahlen ausgeschrieben werden, da zwischen der Kammerauflösung und den Neuwahlen 45 Tage liegen müssen. Da mit der Annahme der Wahlrechtsvorlage innerhalb dieses Monats zu rechnen ist, könnten die Neuwahlen schon Ende April oder Anfang Mai stattfinden. Mussolini hätte diese Erklärung nicht abgeben können, wenn er nicht vorher der Zustimmung der Krone sicher gewesen wäre, deren Vorrecht die Bestimmung über eine Auflösung der Kammer ist. Somit würde Mussolini von der Krone gedeckt bleiben und die sogenannte moralische Frage zurückgestellt sein, die in den Prozeß Matteotti ausläuft und von deren Klärung nicht nur die

ventin-Opposition, sondern auch die Giolitti-Salandra-Opposition die Neuwahlen abhängig machen. Hiernach würde man jetzt in Italien vor einer völlig neuen Lage stehen. Mussolini soll bereits im Besitz des Auflösungsdekrets für die Kammer sein.

Polnische Briefkästen in Danzig.

n. Danzig, 8. Januar.

Vor einigen Tagen haben die Polen hier für „ihren“ Postdienst rote polnische Briefkästen angebracht, und zwar wie die Diebe im Dunkel der Nacht, was darauf schließen läßt, daß sie genau wußten, daß sie vertragswidrig handelten. Bereits im Januar 1923 hatte der damalige Völkerbundskommissar General Hasting die Absicht der Polen, in der Freien Stadt Danzig einen eigenen Postdienst einzurichten, als einen Anschlag gegen die bestehenden Rechtsverhältnisse bezeichnet. Als nun die Polen jetzt trotzdem mit einem eigenen Briefträger- und Briefkastendienst begannen, legte der Senat in einem Schreiben an den Vertreter der Republik Polen feierlich Verwahrung gegen einen solchen Rechtsbruch ein.

Inzwischen hat sich aber die Sache kompliziert, denn die polnischen Briefkästen sind in der vorvorigen Nacht schwarz und weiß bemalt worden, so daß sie am Morgen in den früheren reichsdeutschen Farben schwarz-weiß-rot prangten. Polen hat infolgedessen eine Note an den Danziger Senat gerichtet, welche Untersuchung, Bestrafung der Täter und strenge Anweisungen an die Sicherheitsorgane verlangt. Der Danziger Senat hat im Einverständnis mit allen deutschen Parteien den Inhalt dieser Note sofort zurückgewiesen unter Hinweis darauf, daß die an den Briefkästen angebrachten Kennzeichen keine Hoheitszeichen seien. Es handle sich lediglich um Sachbeschädigung von Privateigentum, die ihre Erledigung finden werde. Die Danziger Regierung weise darauf hin, daß die unliebsamen Vorurteile nicht hätten eintreten können, wenn die vertragswidrige Anbringung der polnischen Briefkästen unterblieben wäre.

Zweiter Ebert-Prozeß im Februar.

Magdeburg, 8. Januar.

Die schriftliche Urteilsbegründung im Prozeß des Reichspräsidenten Ebert gegen den stellvertretenden Schriftleiter der Mitteldeutschen Zeitung in Staßfurt, Notthardt, ist nunmehr fertiggestellt. Nach den Vorschriften der Prozeßordnung hätte das Urteil bis zum 27. Dezember bereits fertiggestellt sein müssen, doch verzögerte sich die Abfertigung infolge der Feiertage nicht unerheblich. Nach Zustellung des Urteils wird von den Vertretern des Reichspräsidenten, den Rechtsanwälten Landsberg und Heine, die schriftliche Begründung ihrer Berufung erfolgen. Die neue Verhandlung, die diesmal die große Strafkammer beim Landgericht Magdeburg beschäftigen wird, wird, dem Vernehmen nach, Ende Februar oder Anfang März stattfinden, da sowohl der Reichspräsident wie auch die Staatsanwaltschaft um möglichst Beschleunigung des Verfahrens nachgesucht haben.

Zur Frage der Sonntagsarbeit.

Ausnahmen vom Arbeitsverbot.

Berlin, 8. Januar.

Auf Grund von Verhandlungen mit den Regierungen der Länder hat der Reichsarbeitsminister vor einiger Zeit Richtlinien für die Bewilligung von Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe aufgestellt, in denen u. a. ausgeführt wurde: offene Verkaufsstellen, in denen ausschließlich oder überwiegend Rohreis, Milch, Bäckerei, Feinbäckerei- und Konditoreiwaren, frische Blumen und Zeitungen feilgehalten werden, dürfen an jedem Sonn- und Feiertag mit Ausnahme des zweiten Osterfeiertags, des zweiten Pfingst- und des zweiten Weihnachtstages auf die Dauer von zwei Stunden für den Geschäftsverkehr geöffnet sein. Der Verkauf von Rohreis und Milch ist auch an den zweiten Feiertagen zulässig. Vom 1. April bis zum 30. September kann in derselben Weise der Verkauf von frischem Gemüse, Obst und Fleisch sowie frischen und geräucherter Fischen gestattet werden. In Gemeinden mit weitläufiger Siedlungsweise kann im Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Verkauf weiterer Bedarfsgegenstände für zwei Stunden zugelassen werden. Für den Verkauf von Rohreis und Milch kann die Verkaufszeit bis zu fünf Stunden verlängert werden, ebenso für frische Blumen an Sonn- und Feiertagen, an denen ein besonders starker Friedhofsbesuch zu erwarten steht.

Innerhalb der Geschäftszeit ist die Beschäftigung von Angestellten, Lehrlingen und Arbeitern gestattet. Die Geschäftszeit darf für die einzelnen Warenarten verschieden festgesetzt, aber nicht geteilt werden.

Erdbeben in Baden und in der Schweiz.

Panik unter der schweizerischen Bevölkerung.

In ganz Mittel- und Oberbaden sind starke Erdstöße wahrgenommen worden. Das Beben war von einem unterirdischen, dumpfen, donnerähnlichen Rollen begleitet. Da das Beben in den frühen Morgenstunden stattfand, wurde es nur an den Orten wahrgenommen, wo es besonders stark war. So wird aus Lahr in Mittelbaden berichtet, daß dort das Beben sich sehr stark bemerkbar gemacht hat, ebenso in Staufen bei Freiburg im Breisgau. Nach den bisher vorliegenden Beobachtungen verlief das Beben in der Richtung von Süden nach Norden. Der Ausgangspunkt scheint diesmal in der Schweiz zu liegen.

Aus Lausanne wird gemeldet: Das Erdbeben, das aus drei aufeinanderfolgenden Stößen von abnehmender Heftigkeit bestand, wurde im ganzen Kanton Waadt, speziell am Fuße des Jura, verspürt. In mehreren Ortschaften verließen die Bewohner panikartig die Zimmer. An den Mauern der Häuser zeigten sich Risse.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 10. Januar 1925.

□ Künftig nur noch vierteljährliche Steuervorauszahlungen? Die monatlichen Steuervorauszahlungen, die die Gewerbetreibenden mit größerem Umsatz zu leisten haben, waren eine Notwendigkeit, solange das Reich sich in schwerer finanzieller Notlage befand und die Reichskasse des Einganges großer Beträge in kurzer Aufeinanderfolge bedurfte, um betriebsfähig zu bleiben. Nach-

dem hierin eine Wendung zum Besseren eingetreten ist, beabsichtigt die Reichsregierung entsprechend einer bereits vor längerer Zeit gegebenen Zusage, die aus der großen Zahl der Steuerzahltermine der Wirtschaft erwachsende unproduktive Arbeit nach Möglichkeit einzuschränken und sich dafür einzusetzen, daß auch die Steuerpflichtigen, die nach den geltenden Vorschriften monatliche Vorauszahlungen leisten, künftig Steuervorauszahlungen nur noch vierteljährlich zu entrichten haben. Die monatlichen Vorauszahlungen der beteiligten Gewerbetreibenden würden sonach mit den bis spätestens 17. d. M. für den Monat Dezember 1924 zu entrichtenden Zahlungen aufhören. Mit dem Beginn des zweiten Vierteljahres des laufenden Kalenderjahres soll die Neuordnung in Kraft treten, daß alle Gewerbetreibenden einheitlich vierteljährliche Vorauszahlungen zu leisten haben.

□ Postarten nach Ungarn. Ungarische Empfänger klagen darüber, daß ihnen aus Deutschland häufig die für den inneren deutschen Verkehr zugelassenen großen Postarten zugehen, für die sie, da die Karten von den ungarischen Postanstalten als unzureichend freigemachte Briefe behandelt werden, hohe Nachgebühren zu zahlen haben. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß Postarten nach Ungarn nicht größer als 14 X 9 Zentimeter sein dürfen.

* Die Ennepetalssperre hat in wenigen Tagen einen Wasserstand von 8,2 Millionen Kubikmetern erreicht, nachdem bis dahin ein Stand von 1,95 Millionen Kubikmetern zu verzeichnen war. Am vergangenen Freitag und Samstag stieg das Wasser um 2 Millionen Kubikmeter. Ein ähnliches Steigen des Wassers war noch nie zu verzeichnen. Die Ennepetalssperre hat auch diesmal alle Wassermengen aufgefangen, die sonst im unteren Ennepetal ohne Zweifel Verwüstungen angerichtet hätten.

+ Salver, 9. Januar. Vertikale Sprechstage und Hebetermine des Finanzamtes finden statt: in Salver am Freitag, den 16. Januar 1925 Vormittags von 8—12 Uhr im Sitzungssaal des Amtshauses, in Schalksmühle am Samstag, den 17. Januar 1925 von 8—11½ Uhr im Verwaltungsgeschäftszimmer Schalksmühle, Bahnhofstr. 5. Es können entrichtet werden sämtliche välligen Reichsteuern (Einkommen-, Umsatz-, Vermögens-, pp. Steuer) und Kirchensteuer.

+ Salver, 9. Jan. Pastor Gründler aus Oberholzklau, Kreis Siegen, der am Sonntag hier eine Probepredigt hält, wurde 1891 in Krommenau i. Schlesien geboren, besuchte die Gymnasien in Frankfurt a. d. O., Schulpforta und Gütersloh und bezog 1914 die Universität Greifswald. Von Herbst 1914 bis zum Ende nahm er am Kriege teil. Seit 1919 studierte er in Halle und Münster, besuchte das Predigerseminar in Soest, arbeitete praktisch in einer Fabrik in Freudenberg, wo seit 1914 seine Eltern wohnen, betätigte sich in der Berliner Stadtmision und wurde am 1. April 1924 Hilfsprediger in Neuenrade. Hier wurde er durch Herrn Superintendent Tuck aus Lüdenscheid ordiniert. Seit September 1924 ist er vertretungsweise in Oberholzklau tätig.

* Salver, 9. Jan. Wegen dem im Frühjahr vorigen Jahres in die Geschäfte von Robert Grüber, Ernst Alte und Otto Bollmer hieselbst, verübten Einbruchsdiebstahle war gegen die Täter eine Verhandlung am Landgericht in Elberfeld anberaumt. Es erhielten: Knist 4½ Jahre Gefängnis, Ballschau 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, Hedtkamp, 2½ Jahre Gefängnis. Sämtlichen Beurteilten wurden die Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt, ebenso wurden sie unter Polizeiaufsicht gestellt. Ein Bruder des Ballschau erhielt wegen Hehlerei 5 Monate Gefängnis. Die Täter stammen aus Schwelm.

+ Brügge, 8. Jan. Im Jahre 1924 sind in der Gemeinde Brügge getauft worden, 42 Kinder, darunter 1 Kind aus einer Mischehe und ein uneheliches Kind. Konfirmiert wurden 83 Kinder, darunter 4 Kinder aus Mischehen. An der Feier des hl. Abendmahls nahmen teil 444 Personen, 218 Männer und 226 Frauen. Dargestellt waren 11 Privatkommunionen. Getraut wurden 25 Paare, darunter eine Mischehe. Beerdigt wurden 26 Personen, darunter 23 mit kirchlichen Akten. Aus der Evangel. Landeskirche sind ausgetreten 4 Personen, davon 1 zu den Advenisten, die 3 anderen zu nicht christlichen Gemeinschaften.

Westig, 8. Januar. Ein Kind verbrannt. In einem Hause in der Frönsbergerstraße spielten Kinder in Abwesenheit der Eltern mit Streichhölzern. Dabei gerieten die Kleider eines 3jährigen Knaben in Brand. Das Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es unter entsetzlichen Qualen starb.

Münster, 9. Jan. Die dritte evang. Kirche wurde kürzlich vom Generalsuperintendent Dr. Zöllner eingeweiht. Zu der Apostel- und Erlöserkirche ist die neue Heiliggeistkirche gekommen. Die Einweihung war für evang. Gemeinde von Münster ein großer Freudentag. Die erste Predigt in der neuen Kirche hielt Pfarrer Dide. Regierungspräsident, Oberbürgermeister und evangelisch-theologische Fakultät hatten ihre Vertreter geschickt.

Münster i. W., 6. Jan. Der Turmwächter auf St. Lamberti wurde am Silvesterabend im Beisein der kirchlichen und städtischen Behörden, an der Spitze Oberbürgermeister Dr. Sperlich, feierlich in sein Amt eingeführt. Bei dem Turmwächterposten handelt es sich um eine mittelalterliche Tradition, wie sie sich in den wenigsten größeren Städten erhalten hat. Der Wächter bläht nachts die Stunden von der Höhe des Lambertiturm aus und hat auch über Feuersgefahr zu wachen. Die Feier wurde durch den Rundfunk verbreitet. Der Oberbürgermeister und der Pfarrer von St. Lamberti hielten Ansprachen. Ein Bläserchor des städtischen Orchesters spielte festliche Weisen vom höchsten Balkon des Turmes, und in der Turmstube wurde den Gästen alter Wein von 1700 gereicht.

Elberfeld, 7. Jan. Das Hochwasser der Wupper geht ununterbrochen zurück. Mittags um 12 Uhr zeigte der hiesige Pegel noch 0,80 Meter. Solingen und Burg sind vom Wasser frei. Doch ist der durch das Hochwasser angerichtete Schaden in beiden Städten höher als zuerst angenommen wurde. Die in den Kellerräumen aufbewahrten Vorräte sind fast vollständig vernichtet.

Elberfeld, 7. Jan. Ueber einen grausigen Fund berichtet die „B. M. Z.“, den man am Cronenberger

Ufer gemacht hat. Dort hatte die hochgehende Wupper einen bereits stark in Verwesung übergegangenen Leichnam an Land gespült, dem fast die ganze Muskulatur, sowie der Kopf, das rechte Bein und beide Arme fehlen. Die Polizei schaffte die Leiche ins Cronenberger Leichenhaus. Der hinzugezogene Arzt konnte weder das Geschlecht noch das Alter des Toten feststellen. Offensichtlich hat die Leiche schon sehr lange im Wasser gelegen, ist auch möglicherweise vom Hochwasser aus entfernter Gegend heruntergespült worden. Zur Feststellung der Todesursache usw. hat die Polizei die anatomische Untersuchung des Fundes beantragt.

Karlsruhe. In der Linoleumfabrik Maximilianstr. 11. G. brach Feuer aus, das in den Vorräten an Linoleumstoffen und Leinöl großen Schaden anrichtete.

Frankfurt a. M. In der Schuhfabrik „Adeo“ wurden die gesamten Vorräte im Werte von zehn Millionen Mark durch Feuer vernichtet.

Münch. Der Mitinhaber und Geschäftsleiter einer Mehl- und Futtermittelgroßhandlung, Kaufmann Jacob Roth, beging Betrügereien und Unterschlagungen im Betrage von über 80 000 Mark. Er und sein Kassierer wurden verhaftet.

London. Bei einem Zusammenstoß von zwei Personenzügen auf Mauritius wurden drei Personen getötet und 60 verletzt.

Bermischtes.

— 1924 ein Rekordjahr der Brände in London. Wie aus London gemeldet wird, war das Jahr 1924 reich an Bränden in der City. London verblüfft zwar immer und überall in Zahlen, trotzdem war 1924 ein Rekordjahr auch für London. In London (die Vorstädte eingerechnet) wurde die Feuerwehr im Jahre 1924 nicht weniger als 7175mal gerufen. Es ereigneten sich 4091 Großfeuer (gegen 3863 im Vorjahr), 1282 Kaminfeuer und gegen tausendmal wurde der Feuerwehr falscher Alarm gegeben. Bei diesen Bränden wurden 17 Personen getötet und 406 verwundet. Außerdem erlitten die Verwundungen bei den Rettungsarbeiten zwei Feuerwehrleute, während 36 Löschende schwerverwundet wurden.

— Ratten, die Geld stehlen. Bei Dublin wohnt eine arme, aber fleißige Witwe in einem Häuschen. Im Laufe vieler Jahre hatte sie sich die Summe von 14 Pfund Sterling vom Munde abgespart. Diesen Schatz verbarg sie vor profanen Blicken in einer Vertiefung zwischen Dach und Mauer. Man begreift den Schmerz der Frau, als sie den Schatz eines Morgens nicht mehr vorfand. Die mitleidigen Nachbarn halfen suchen, und da entdeckte man, daß ein Rattenloch in der Mauer seinen Ausguck hatte. Man grub nach und fand nebst allerlei zusammengetragenen Sachen die 14 Pfund Sterling unverfehrt wieder. Ein Glück für die Frau, daß sie in „Metall“ gespart hatte.

Turnen, Spiel und Sport.

Halver, 10. Jan.

Am kommenden Sonntag fährt die Handball-Mannschaft der hiesigen Turn- & Sportvereine zu einem Freundschaftsspiel mit der Mannschaft des Turnvereins Grünwald nach Lüdenscheid. Abfahrt morgens um 9 Uhr. Der Ortsmannschaft wünschen wir Heil und Sieg. Gleichzeitig wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Karten für die Geräte-Wettkampf-Veranstaltung am 25. Januar in Kierspe bis Sonntag Abend bei den Turnwarten bestellt werden müssen. Die Karten sind nummeriert, weshalb nur empfohlen werden kann, sich durch sofortige Reservierung einer nummerierten Eintrittskarte einen bestimmten und angenehmen Sitzplatz zu sichern. Also nochmal, lerne ein jeder der das Fest besuchen will, daß er sich eine Karte im Vorverkauf sichert, damit er nicht vor ausverkauftem Hause „lehrt“ machen muß.

Kleine Nachrichten.

Empfang Hitlers durch den bayerischen Ministerpräsidenten. München, 8. Januar. Der Empfang Hitlers beim bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held ist entgegen anderen Nachrichten ausschließlich auf die Initiative und das dringende Ersuchen Hitlers zurückzuführen. Dieser Wunsch Hitlers ist dem Ministerpräsidenten von verschiedenen Gewährsmännern in dringlicher Weise überbracht worden. Hitler unterbreitete dem Ministerpräsidenten die Bitte um Beugung seiner noch inhaftierten Freunde. Jene, welche Verabredungen politischer Art sind bei dem Empfang nicht getroffen worden.

Tritt Herriot zurück?

Paris, 8. Januar. In politischen Kreisen wird davon gesprochen, daß Herriot am 13. Januar noch nicht hergestellt sein werde. Es werde ihm deshalb nicht möglich sein, an den Kammerverhandlungen teilzunehmen. Aus diesen Gerüchten wurden Folgerungen gezogen, die sich vorläufig nicht kontrollieren lassen. Es heißt, daß Herriot noch vor Beginn der Kammerarbeiten seine Demission geben werde, und daß einer seiner jetzigen Mitarbeiter als Nachfolger in Aussicht genommen sei.

Verteilung der Ruhrrente.

Paris, 8. Januar. Die „Information“ bringt eine von französischen Finanzfachverständigen beschlossene Verteilung des Ertrages der Ruhrbesetzung unter die drei Okkupationsmächte, Frankreich, Belgien und Italien. Beschlagnahmen, Geldstrafen und Requirierungen: Frankreich 40 Millionen Goldmark, Belgien 5,5 Millionen, Italien nichts; Naturalleistung: Frankreich: 278 Millionen, Belgien 101,6 Millionen und Italien 49,8 Millionen; insgesamt Frankreich 318 Millionen, Belgien 114,1 Millionen, Italien 49,8 Millionen.

Wetter-Aussichten.

10. Jan.: Wolken Sonne gelinde.
11. „ Wenig verändert.
12. „ Wolken, teils bedeckt, Wind, teils Sturm Tags gelinde.
13. „ Raum verändert.
14. „ Sonne, Wolken, vielfach Nebel, naßkalt.
15. „ Wolken, Wind, vielfach Niederschlag, milde.
16. „ Veränderlich, starker Wind, teils Sturm, Tags gelinde.

Für die Ortschaften Kierspe, Kierspe-Bhf., Königsf., Bollme, Grünenbaum und Oberbrügge liegt je eine Beilage der

Firma L. Stern, Meinerzhagen und der Firma Stern & Rosenberg, Meinerzhagen bei, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halver i. Westf.

MAGGI Würze

gekauft in Originalflasche Nr. 6
(mit Plombenverschluß!)
und dann nach Bedarf

aus der
großen



in die
kleine MAGGI-Flasche

nachgefüllt, ist für die Hausfrau

am vorteilhaftesten.

Robert Stern, Lüdenscheid Mein

Inhaber: Herm. Behrend.

diesjähriger großer

Inventur-Ausverkauf

beginnt Montag, den 12. Januar.

Meine Preise sind mit Bezug der von mir geführten bekannten prima Qualitäten eine Sensation.

Als Extra-Tischauslagen große Gelegenheitsposten weit unter Preis.

Auf nicht ausgelegte
Waren gewähre
10% Rabatt.

Beachten Sie bitte meine
:- reinsterauslagen. :-

Im Winter
sollten Sie nicht ausgehen ohne

Kaiser Brust-Caramellen

mit den „3 Tannen“

in der Tasche! Seit 30 Jahren das vorzüglichste Mittel bei Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung. Der beste Schutz gegen Erkältungen! 7000 Zeugnisse aus allen Kreisen beweisen die einzigartige Wirkung! Appetitanregende, feinschmeckende Bonbons.

Beutel 30 Pfg., Dose 80 Pfg.
Achten Sie auf die Schutzmarke!

Zu haben bei:
Halversche Medizinal-Drogerie, G. Menke, Halver.

Bäuerl. Bezugs- u. Abz.-
Genossenschaft Halver.

Bezugs- und Abz.-
Genossenschaft Anschlag.

Auf Lager vorrätig:
Bannwollsaatmehl,
Leinmehl,
Rapskuchen,
Weizenkleie,
Weizenbrotmehl
Mais.

Zur Frühjahrssbe-
stellung wird um An-
gabe der erforderlichen
Mengen

Düngemitteln
Pflanzkartoffeln
u. Saatgetreide

sowie
Klee u. Grasfämereien
bis spätestens zum 25.
ds. Mts. gebeten. Sämt-
liche Futterstoffe sind
auf Lager vorrätig.

Ordentl. Junge mit
guter Schulbildung kann
zu Ostern als

Lehrling

eingestellt werden.
H. Köhler
Installations-Geschäft
Halver.

Frauen und Mädchen

auch für halbe Tage,
für leichte Arbeit gesucht.
Erich Wippermann
Elektrotechn. Fabrik
Halver i. W.

Inventur-Ausverkauf!

Die für den Ausverkauf
bestimmten Waren sind zu

aussergewöhnl. billigen Preisen
auf Extra-Tischen ausgelegt.

Auf alle anderen Waren, mit
Ausnahme von Lebensmitteln,
bewillige ich während der
:- Ausverkaufszeit einen :-

RABATT v. 10%.

Aug. Vollmerhaus

Kierspe-Bhf.

Wir stellen ein:

einen
Fallhammerschmied
(für leichten Hammer)
einige Arbeiter

sowie
Frauen u. Mädchen
für die Packstube.

Plate & Boerster
Kierspe.

Sehr gute Verdienstmöglichkeit.

Für die, besonders in diesem Jahre führenden
Qualitätsfämereien suche ich umgehend rührigen
Vertreter

für Umgegend von Schalksmühle.
Fritz Bormann, Samenbgl. u. Gärtnerei,
Schalksmühle.

Die bekannten

Hustenmittel

Spitzwegerichsaft Hustenhehl
Lungenkalksaft Asthmakuren
Würlshofener-Naturheil-Zentrale Elberfeld.

Niederlage:
Halversche Medizinal-Drogerie Carl Menke, Halver.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Antiswoche Pastor
Dr. Gr. Dreffelhaus Sonntag, 11. Januar
Vorm. 10 Uhr Predigt Pastor Gründler aus
Oberholzhausen (Probepredigt) Vorm. 11 Uhr
Kindergottesdienst Pastor Gründler Freitag
abds. 8.30 Uhr. Kirchl. Posaunenchor.

Evangelisches Vereinshaus, Halver.
Sonntag 11. Januar 1 1/2 Uhr Sonntagsschule
4 Uhr Bibelstunde, Wiff. Bröder 5 Uhr
Jungfrauenverein Zusammenkunft der Mitwirkenden
8 1/2 Uhr. Weihnachtsfeier des Jungfrauenvereins
Montag 8 1/2 Uhr Hausvorstands-sitzung
Dienstag abds. 8 1/2 Uhr Gemischter Chor
Mittwoch abds. 8 1/2 Uhr Jünglingsverein
Donnerstag abds. 8 1/2 Uhr Blaukreuzverein
Freitag abds. 8 1/2 Uhr Männerchor

Freie evang. Gemeinde Halver. Berliner-
straße 27a. Sonntag den 11. Jan. mor-
gens 9 1/2 Uhr Erbauungsstunde nachm. 1 1/2
Uhr Sonntagsschule 4 Uhr Monatsversamm-
lung Montag abds. 8 3/4 Uhr Gebetsstunde
Donnerstag abds. 8 3/4 Uhr Bibelbesprechstunde
Samstag abds. 8 1/2 Uhr Männer- u. Jüng-
lingsverein. Generalversammlung.

Kath. Gemeinde Halver. Sonntag, den 11.
Jan.: 8 Uhr Frühmesse mit Predigt, 10.15
Uhr Hochamt mit Predigt, 2 Uhr Andacht.
Evang. Gemeinde Schalksmühle. Son-
ntag den 11. Jan. 10 Uhr Gottesdienst 11 1/4
Uhr Kindergottesdienst 4 Uhr Jungmädchen-
verein Montag 8 1/2 Uhr Männerchor Diens-
tag 8 1/2 Uhr Jungmädchenverein Mittwoch
8.30 Uhr Bibelstunde. Donnerstag 8.30 Uhr
Männer- u. Jünglingsverein, Bibelbesprechung.
Freitag 8.30 Uhr Posaunenchor, Vorbereitung
für den Kindergottesdienst. Samstag 8.30
Uhr Gemischter Chor.

Evang. Gemeinde Brügge. Sonntag, 11. Jan.
10 Uhr Gottesdienst 11.30 Uhr Kindergottes-
dienst 4 Uhr Familienabend des evgl. Vereins Nigge-
loß. Mittwoch 8 Uhr Posaunenchor, 8.30 Uhr
Kirchenchor. Donnerstag 8 Uhr Frauenhilfe
Brügge

Bienenzucht-Verein
für Carthausen u. Umg.

Samstag, d. 10. Ja-
nuar, abends 8 Uhr

General- Versammlung

im Lokal d. Herrn Ernst
vom Berg, Deckinghausen.
Tagesordnung wird in
der Versammlung be-
kannt gegeben. Um zahl-
reiches sowie pünktliches
Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Nachbarschaft und Sterbekasse

Schulbezirk Heesfeld.

Sonntag, d. 11. Jan.
nachm. 6 Uhr

General- Versammlung

im Lokale zum Deut-
schen Eck, Decking-
hausen.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Vorstandswahl.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Spielkarten

empfehl
Wilt. Bell jr.

Nur einige Beispiele aus meinen großen Warenvorräten.

Zu meinem diesjährigen

Nur
Barverkauf!

Inventur-Ausverkauf

Kein
Umtausch

habe ich die Preise ohne Rücksicht auf den Gesteuerungswert ganz gewaltig herabgesetzt.

Achten Sie bitte nicht allein auf **Preise.**

Achten Sie auch auf **Qualitäten.**

Damen-Mäntel	von Mk. 6.- an	Herren-Mäntel	von Mk. 19.50 an	Rohnessel	ca. 80 breit	von Mk. 0.40 an
Kinder "	von " 3.50 an	" Anzüge	von " 28.00 an	Hemdentuch	" 160 "	von " 1.20 an
Damen-Röcke	von " 1.90 an	Knaben-Anzüge	von " 8.00 an	"	ca. 80 breit	von " 0.55 an
Damen-Hemd-Blusen	Flanell, von " 2.50 an	Herren-Hosen	von " 4.00 an	Handtuchgebild	" 160 "	von " 1.75 an
" " "	Halbwolle, von " 2.75 an	Knaben- "	von " 2.25 an	Schürzen	Siamosen 120 breit	von " 1.20 an
Seidentrikot-Bluse	Jumperform u. Kasacks von " 3.75 an	Windjoppen	von " 7.50 an	Druck	120 "	von " 1.20 an
Damen-Kleider	reine Wolle von " 6.50 an	Oberhemden	schöne Dess. m. 1 Kragen von " 4.50 an	Rohflanell		von " 0.70 an
" Jacken-Kleider	teils auf Seide gearb. von " 25.- an	Strickbinder	von " 0.45 an	Bettkattun		von " 0.75 an
Kinder-Kleider	von " 1.75 an	Knaben-Normal-Anzüge	weit unter Preis.	Bett-Damast	schwere Ware 160 breit mit Durchsatz u. Fältchen	von " 2.50 an
Steppdecken	uni Satin, zweiseitig richtige Größe	Regenschirme	Halbseide mit Knopf u. Spitzen Mk. 4.90	Kissenbezüge		von " 1.80 an
Schlafdecken	prima Ware Japuaud	Store	von " 1.95 an	Damen-Hemden		von Mk. 0.90 an
Betttücher	von " 3.50 an	Wischtücher	von " 0.35 an	Damen-Beinkleider		von " 1.20 an
				Damen-Unterhülle		von " 0.60 an

Lienenkämpfer, Meinerzhagen.

Der Inventur-Ausverkauf bei Hermann Schwerin

bedeutete schon früher eine **Sensation.** Auch dieses Jahr habe ich sämtliche **Preise** meiner **enormen Läger** in Herren-, Burschen- und Knaben-Konfektion derart **herabgesetzt**, daß es für **Jeden** einen **Verlust** bedeutet, der diese Gelegenheit **versäumt.**

Besonders beachtenswert:

678

Herren-Burschen-Jünglings-Kinder-Anzüge

Serie I:	23.00	19.00	13.00	5.00
Serie II:	34.00	27.00	19.50	13.00
Serie III:	46.00	36.00	25.00	19.00
Serie IV:	56.00	48.00		
Serie V:	64.00			

Auf sämtliche anderen Anzüge, Paletots etc.

10-30% Ermäßigung.

Ein Posten warm gefütterte Herren-Lodenjoppen . 12.⁰⁰
Ein Posten Kinder-Manchester-Anzüge . 10.⁵⁰ u. 13.⁷⁵
Ein Posten Buxkinhosen 3.⁷⁵
Ein Post. Herren-, Burschen- u. Knaben-Paletots v. 11.⁰⁰ an aufw.

Bitte um Beachtung meiner Schaufenster!

Hermann Schwerin, Lüdenscheid, Wilhelmsstraße 36.

Erstes und größtes Herren- und Knaben-Bekleidungsgeschäft.



Montag, den 12. Januar

beginnt mein diesjähriger

INVENTUR-AUSVERKAUF

in allen Abteilungen meines gesamten Warenlagers
sind die **Preise** bedeutend ermäßigt.

D. Lebenberg, Lüdenscheid.